



Pressemitteilung

Schwerin, 12. November 2011

Ehemalige Heimkinder Ost gründen Interessenvertretung

Betroffene von Einweisungen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe haben auf einer Tagung in Schwerin einen Interessenverband gegründet. Bei dem Treffen auf Einladung der Landesbeauftragten für MV Marita Pagels-Heineking wurde über den aktuellen Stand der Debatte um Entschädigungsregelungen für betroffene Heimkinder informiert. Die Teilnehmer haben ihre eigenen Vorstellungen für eine Wiedergutmachung des von ihnen erlittenen Unrechts formuliert.

Wichtigste Forderungen waren die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung, um eine gesellschaftliche Anerkennung des Systemunrechts in der DDR-Heimerziehung zu erzielen. Darüber hinaus werden angemessene Entschädigungsregelungen und die Einrichtung einer Anlaufstelle in MV gefordert.

In den Vorstand der Interessenvertretung wurden Frau Krohmann, Herr Paas und Frau Puls gewählt.

Marita Pagels-Heineking betonte: „Wir freuen uns sehr, dass viele Betroffene unser Angebot zur Verständigung genutzt haben und nun mit einem Interessenverband stärker für ihre Anliegen eintreten können. Die Aufarbeitung der Geschehnisse in den DDR-Heimen steht am Anfang. Die Geschichten der Betroffenen müssen erzählt werden, um ihre Stigmatisierung zu beenden.“

Die Landesbeauftragte betreut mehr als 200 ehemalige Heimkinder mit unterschiedlichen Erfahrungen aus den Einrichtungen der Jugendhilfe der DDR. Viele leiden heute noch an den Folgen ihrer Aufenthalte in den Kinderheimen, Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen. „Wir nehmen ihre Verletzungen wahr, müssen sie stärken und begleiten und unterstützen ihre Forderungen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung“, sagte die Landesbeauftragte Frau Pagels-Heineking.

Presse-Kontakt:

Marita Pagels-Heineking, Landesbeauftragte

Jägerweg 2 | 19053 Schwerin

Tel.: 0385 – 734006 | Fax: 0385 – 734007

E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de

Internet: <http://www.landesbeauftragter.de>